

II-4941 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 2597/J

1988 -07- 15

A N F R A G E

des Abgeordneten Srb und Freunde
an den Bundesminister für Arbeit und Soziales
betreffend Arbeitsmarktpolitik

Die von Ihnen in den letzten Tagen verbreitete Jubelmeldung vom Rückgang der Arbeitslosigkeit bei einem gleichzeitigen Rekordstand an Beschäftigten täuscht darüber hinweg, daß sich nach wie vor die Struktur der Arbeitslosigkeit äußerst beunruhigend entwickelt.

Der Anteil der Arbeitslosen, die länger als ein Jahr arbeitslos sind, beträgt gegenwärtig bereits fast 15 Prozent der Gesamt-arbeitslosen. Damit liegt Österreich zwar hinter anderen Ländern (BRD: 32 Prozent, Großbritannien 41 Prozent), die Entwicklung verläuft jedoch auffallend rasant.

=====
Entwicklung der Langzeitarbeitslosigkeit:
(Stichtag jeweils Ende August)

	über 6 Monate	über 12 Monate
1983	22.650	7.894
1984	25.943	11.858
1985	27.035	12.970
1986	30.178	14.249
1987	36.765	17.953

=====

Zu Frühjahrsbeginn 1988 waren bereits 20.000 Österreicher schon länger als ein Jahr arbeitslos. Besonders alarmierend ist dabei die Situation der arbeitslosen Frauen, deren Gesamtzahl zwar noch

unter jener der Männer liegt, jedoch rasch ansteigt. Vor allem die Dienstleistungsberufe tragen wesentlich zur Langzeitarbeitslosigkeit bei. Knapp ein Fünftel der mehr als 12 Monate Beschäftigungslosen hatte zuletzt einen Büroberuf ausgeübt, etwa ein Zehntel einen Handelsberuf. Weitere Berufe mit einem hohen Risiko sind: Elektro- und Metall- und Hilfsberufe sowie Bankberufe und teilweise der Fremdenverkehr.

Die demographisch bedingte relativ günstige Entwicklung der Jugendarbeitslosigkeit darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß in der Jugend "erworbene" berufliche Defizite ein ganzes Berufsleben mitgeschleppt werden. Berufliche Integrations- und Qualifizierungsmaßnahmen müssen daher möglichst früh und ausreichend dotiert angesetzt werden, um den Betroffenen wirksam helfen zu können.

Angesichts der zunehmenden Langzeitarbeitslosigkeit sind mehr denn je arbeitsmarktpolitische Maßnahmen erforderlich, um der rapid anwachsenden Personengruppe von Langzeitarbeitslosen Möglichkeit zur Wiedereingliederung ins Erwerbsleben sowie zum Erwerb neuer bzw. zusätzlicher Qualifikationen zu geben. Nicht zuletzt deshalb, weil Problemlage und Lebenssituation von Personen, die arbeitslos werden, erheblich von jener abweichen, die arbeitslos sind. Die fallende Arbeitslosenrate darf daher nicht zu einer Verringerung der Mittel, sondern muß zu einer Aufstockung der Mittel für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen führen.

Quelle: Kontraste 7/88

Die unterfertigten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Arbeit und Soziales folgende

A N F R A G E :

1. Wie entwickelte sich die Inanspruchnahme (quartalsweise) der AMFG-Förderungen gegenüber dem Vorjahren (1986 und 1987):
 - a) AM-Schulung Anz. Personen u. Ges.Förd.summe?
 - b) Akademiker-Training Anz. Personen u. Ges.Förd.summe?
 - c) Aktion 8000 Anz. Personen u. Ges.Förd.summe?
2. Sind Sie der Meinung, daß die derzeitige Praxis der Beihilfengewährung ein adäquates Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit (insbesondere Langzeitarbeitslosigkeit) ist?
3. Welche Maßnahmen beabsichtigen Sie, um die Inanspruchnahme der AMFG-Förderungsmittel (gem. Frage 1 a bis c) sicherzustellen bzw. zu erhöhen?

4. Welche in der Förderungsperiode 1987 gesetzten Restriktionen gedenken Sie wieder aufzuheben?
5. Halten Sie die Schaffung eines 2. Arbeitsmarktes in Form von Sozialprojekten, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen u.a. nach wie vor für notwendig, um besonders benachteiligten Personengruppen die Integration in das Erwerbsleben zu ermöglichen?
6. Wie hoch müssen die Ihnen zur Verfügung stehenden Mittel für
 - a) die aktive Arbeitsmarktpolitik insgesamt
 - b) die in Frage 1 erwähnten Förderungensein, um die aktuellen und kommenden Arbeitsmarktprobleme wirksam bekämpfen zu können?
7. Wie hoch werden 1989 nach ihrer realistischen Einschätzung die tatsächlich zur Verfügung stehenden Mittel (gemäß Frage 6 a und b) sein?
8. Welchen Beitrag kann die Arbeitsmarktverwaltung leisten, um so beunruhigende Phänomene der Jugendarbeitslosigkeit (insbesondere ihrer strukturellen Tendenzen) wie Drogenkonsum, politischer Extremismus, Vandalismus, etc. wirksam entgegenwirken zu können?
9. Welche Maßnahmen müßten Ihrer Ansicht nach von Ländern und Gemeinden (insbesondere Wien) gesetzt werden, um die in Frage 8 erwähnten Probleme zu lösen?